

KOMMUNALER FINANZREPORT

Saarland mit höchstem Pro-Kopf-Defizit

Gütersloh, 14. August 2015. In keinem anderen Bundesland verbuchten die Städte, Gemeinden und Kreise ein so großes Haushaltsdefizit pro Einwohner wie im Saarland. 319 Euro pro Kopf lagen die Etats am Ende des Haushaltsjahres 2014 im Minus. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Das Defizit betrug insgesamt 315 Millionen Euro. Ein Jahr zuvor hatte es noch bei 294 Millionen Euro gelegen.

Die saarländischen Kommunen setzen damit ihre langjährige Haushaltskrise fort. Während der vergangenen zwanzig Jahre erwirtschafteten sie kein einziges Mal einen Überschuss. Das Saarland zählte damit im vergangenen Jahr zu sechs Bundesländern, in denen der Saldo ihrer Kommunalhaushalte negativ war. Die übrigen sieben Flächenländer verzeichneten ein Plus in ihren Etats. Den größten Überschuss verbuchten die bayerischen Kommunen mit 127 Euro je Einwohner.

Aufgrund des erneuten Defizits steigen im Saarland die Kassenkredite. Im Jahr 2014 überschritten sie die Grenze von zwei Milliarden Euro. Pro Einwohner sind das gut 2.000 Euro – mehr als in jedem anderen Bundesland und etwa hundert Mal mehr als in Baden-Württemberg. Dort und in Bayern oder Sachsen sind Kassenkredite nahezu unbekannt.

Kassenkrediten stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Sie sind – vergleichbar mit Dispo-Krediten – eine der letzten Möglichkeiten für notleidende Kommunen, kurzfristig ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern und gelten als klassischer Krisenindikator. „Die Lage im Saarland ist dramatisch, auch weil die Finanzkrise landesweit alle Städte und Kreise betrifft“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung. Den höchsten Stand der Kassenkredite pro Einwohner verbucht der Regionalverband Saarbrücken mit über 3.300 Euro. Aber auch der geringverschuldete Kreis Saarlouis kommt auf über 1.000 Euro je Einwohner.

Mit der Kredithöhe steigen die Zinsrisiken. Weil Kassenkredite kurze Laufzeiten haben, würden sich etwaige Zinsanstiege schnell in den Haushalten niederschlagen. Bereits heute zahlen die saarländischen Kommunen pro Einwohner drei Mal mehr Zinsen als jene in Sachsen oder Baden-Württemberg. „Bestehende Haushaltskrisen verschärfen sich – trotz bundesweit guter Konjunktur und finanzpolitisch positiver Trends“, sagte Geißler.

Zwei wichtige Ursachen für Defizite und Verschuldung sind die Steuerkraft und die Hartz-IV-Wohnkosten. Letztere sind direkt abhängig vom Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit und gelten als klassische kommunale Sozialleistung. Kaum eine notleidende Kommune schafft es, diese Faktoren mittelfristig wesentlich zu verbessern. Um das zu belegen, analysierte die Bertelsmann Stiftung erstmals ihre zeitliche und regionale Entwicklung. Für die Untersuchung wurden die bundesweit 398 Kreise und kreisfreien Städte entsprechend ihrer Hartz-IV-Ausgaben und Steuereinnahmen in vier Gruppen eingeteilt.

Die saarländischen Kommunen sind traditionell relativ steuerschwach. Keine der sechs Kommunen erreicht den bundesweiten Durchschnitt. Die Kreise Neunkirchen und Merzig-Wadern gehören zum bundesweit schwächsten Viertel der Kommunen. Hinzu kommt eine schwache Wachstumsdynamik. Im Regionalverband Saarbrücken, den Kreisen Saarlouis und St. Wendel

lagen die Steuereinnahmen 2013 noch unter dem Niveau von 2008 – trotz bundesweiter Steigerungsraten von 11 Prozent.

Hohe Ausgaben für Hartz-IV-Wohnkosten treffen besonders den Regionalverband Saarbrücken. Seine pro-Kopf-Ausgaben belaufen sich 2013 auf fast das Doppelte des Bundesdurchschnitts und auf rund das 3,5-fache des Niveaus im Landkreis Wadern. Damit gehörte Saarbrücken sowohl 2008 als auch 2013 zum Viertel der bundesweit schwächsten Kommunen. Es gelingt dem Regionalverband nicht, die hohe Ausgabenbelastung abzubauen.

In der Folge liegen etwa die Investitionen im Saarland beständig unter dem Bundesdurchschnitt. Im Saarland sind die Kassenkredite inzwischen höher als die Investitionskredite, die in Infrastruktur vor Ort fließen. „Für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist diese Entwicklung bedrohlich. Die Unterschiede zwischen den Regionen werden fortgeschrieben“, sagte Geißler.

Der aktuelle Finanzreport beobachtet bundesweit ein Auseinanderdriften starker und schwacher Regionen. "Wenn notleidende Kommunen nicht abgehängt werden sollen, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Aufholprozess ermöglichen.“ So Geißler. Spürbare Entlastung brächte die Übernahme der Hartz-IV-Kosten durch den Bund und eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftskraft im Länderfinanzausgleich.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er analysiert die Finanzentwicklung aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland und basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken (Kassenstatistiken 2013 und 2014, Schuldenstatistik, Realsteuerstatistik, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende). Der Kommunale Finanzreport wird erarbeitet in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. und Experten aus der Praxis.

Unser Experte: **Dr. René Geißler, Telefon: 0 52 41/81 81 467**
 E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de

Weitere Informationen finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de